

## Geschlossenheit als Handlungsprinzip – Friedrich Ebert als Parteiführer

Walter Mühlhausen

„Wer an der Spitze der Partei steht, hat die Partei zusammenzuhalten. Das ist das Bebelsche Vermächtnis an uns. Sein letzte Bitte, die auch Haase kennt, ging dahin.“<sup>1</sup> Mit diesen Worten auf der Sitzung der Reichstagsfraktion am 20. Dezember 1915 erinnerte Friedrich Ebert seinen Mitvorsitzenden Hugo Haase, mit dem er seit 1913 gemeinsam an der Spitze der SPD stand, an einen Grundpfeiler des sozialdemokratischen Parteilebens, die Bewahrung der Einheit der Organisation und die einheitliche Aktion nach außen. Die Worte fielen kurz vor Weihnachten 1915, in dem Moment, als die Parteikrise im Ersten Weltkrieg sich zum Bruch der SPD auszuweiten drohte. Und weiter mahnte er: „Wenn das geschlossene Auftreten der Partei das Grundgesetz der Partei ist, dann muss der Mann, der an der Spitze steht, zu diesem Grundgesetz halten. Dann erfordert sein Amt und das Interesse der Gesamtpartei, dass er seine persönliche Auffassung zurückstellt. Das gilt für uns alle. Wir sind hier Vertrauensmänner der Partei, und wir sind verpflichtet, die Einheit aufrechtzuerhalten.“<sup>2</sup>

Wenn Ebert dieses von ihm als Grundgesetz definierte geschlossene Auftreten zum Vermächtnis seines 1913 verstorbenen Vorgängers August Bebel erklärte, so spielte er auch auf den Parteitag 1910 an, als bei der Diskussion um die Frage der Budgetbewilligung der als Arbeiterkaiser verehrte Bebel in seinem eröffnenden Referat herausgestrichen hatte, dass ohne „die Fügung der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit [...] ein Parteileben unmöglich“ sei.<sup>3</sup>

Auf dem Nürnberger Parteitag zwei Jahre zuvor hatte Ebert, als er anstelle des kränkelnden Bebel das Schlusswort des Parteivorstandes hielt, auch zur Budgetbewilligung Stellung bezogen, als im Süden Deutschlands sozialdemokratische Fraktionen für die Annahme der Landeshaushalte gestimmt und damit gegen die offizielle Parteilinie verstoßen hatten. Da erhob es das Parteivorstandsmitglied Ebert zu einer grundsätzlichen Frage der Parteiräson: „Die Geschlossenheit der Partei ist die Vorbedingung für unseren Erfolg. Sie verlangt aber die Unterordnung der Minderheit

unter die Mehrheit, sie verlangt die Respektierung der Parteitagsbeschlüsse von jedem Einzelnen.“<sup>4</sup>

Damit formulierte er Maxime, die ihn in der Parteiführung, in der er 1905 aufgestiegen war, und auch SPD-Vorsitzender, 1913 auf dem Parteitag in Jena mit großer Mehrheit von 433 von 473 Stimmen an die Seite von Hugo Haase gewählt, leiten sollten. Das geschlossene Auftreten der Partei nach außen war und blieb für ihn oberstes Gebot; und das galt auch und vor allem in der Kriegszeit. Für den reformpolitischen Pragmatiker Ebert, einem Mann der zweiten Generation der Parteiführer, war die Einheit ein unverrückbares Prinzip einer politischen Organisation. Nur eine einig agierende Partei konnte dem kaiserlichen Klassenstaat demokratische und soziale Reformen abringen. So hielt er als Sendbote des Parteivorstandes wankelmütige Organisationen draußen im Lande zur Einhaltung der Parteitagsbeschlüsse an. Das geschah auf zahlreichen Landesparteitagen oder Sonderkonferenzen, wo er im Auftrag des Vorstandes die Linientreue herzustellen versuchte.<sup>5</sup> Bei Konflikten in den Landesorganisationen zwischen Radikalen und Reformern wurde er oftmals als Schlichter entsandt. Die Rolle des Schiedsrichters war tatsächlich „ein saures Geschäft“, wie Bebel schrieb, als Ebert sich wieder einmal aufmachte, den württembergischen Brandherd zu löschen.<sup>6</sup> Das verlangte einiges Fingerspitzengefühl, damit die Sache nicht ganz aus dem Ruder lief und der Schlichter nicht selbst zum Objekt der Kritik wurde. Es hieß, beide Seiten einigermaßen zufrieden zu stellen, ohne von den Grundprinzipien der Partei abzurücken. Das gelang ihm freilich nicht immer, besonders wenn die Fronten derart verhärtet waren wie im württembergischen Parteistreit zwischen den Reformisten um Wilhelm Keil und den Radikalen um Friedrich Westmeyer.<sup>7</sup>

Dass Geschlossenheit nach außen höchstes Gebot zu sein hatte, war etwas, was auch den aufsteigenden regionalen Parteiführer beschäftigte. So geißelte er schon in seiner Bremer Zeit die bis ins Persönliche reichenden Kontroversen auf den jährlichen Parteitag. Die auf dem Parteitag in Dresden 1903 erneut aufgekochte Bernstein-Debatte um den Revisionismus missbilligte er in bildhafter Weise: „Wenn wir in Zukunft schmutzige Wäsche zu waschen haben, so gehen wir damit besser in die Waschküche, aber nicht in die Öffentlichkeit.“<sup>8</sup> Das machte er sich zur Richtschnur.

Das hieß nicht, dass die Partei nicht hart um den gemeinsamen Kurs ringen sollte, dass im Wettstreit der Richtungen Programm, Strategie und Taktik festzulegen waren. Dieser innerparteiliche Diskurs war nachgerade das Lebenselixier der Bewegung; aber: wenn

man einmal einen gemeinsamen Kurs gefunden hatte, so hatten alle diesen nach außen zu befolgen und zu verteidigen – und nicht bei jeder Gelegenheit wieder zur Diskussion zu stellen.

Ihm war die Einheit der sozialdemokratischen Bewegung das höchste Gut, der Grundstock politischer Macht, um das System zu reformieren und letztlich zu überwinden. Die Partei war für ihn zu stark, als dass er ihr nicht zutraute, nicht auf dem parlamentarischen Wege Erfolge erzielen zu können. In dem Glauben an die eigene Stärke hielt er das monarchische System für reformierbar.<sup>9</sup> Aber dazu bedurfte es einer nach außen geschlossen auftretenden SPD, die sich nicht in lähmenden Strategie- und Theoriediskussionen, schon gar nicht in der Öffentlichkeit, selbst zerfleischte. So war für Ebert die Einheit der Partei der Wert an sich, dem sich alle in der SPD, egal welcher Richtung, unterzuordnen hatten.

Das Prinzip der Einigkeit leitete den Parteivorsitzenden auch in der Kriegszeit im Konflikt um die Burgfriedenspolitik, als er frühes Drängen der Parteirechten abwehrte, die Gegner der Kreditbewilligung als lästigen Ballast rauszuwerfen. Im August 1914 demonstrierte die Partei nach außen hin Geschlossenheit, als die Fraktion einheitlich für die Kredite votierte, nachdem man sich zuvor gegen 24 Stimmen auf Fraktionszwang geeinigt hatte. Die vorausgegangene interne Debatte deutete aber schon an, dass in dieser Frage keine Einigkeit herrschte.

Im Kampf um die organisatorische Einheit der Partei beharrte Ebert konsequent auf Einhaltung der vor allem von der innerparteilichen Opposition immer mehr als Hemmnis empfundenen Disziplin. Erst als die Burgfriedensgegner diese Disziplin durch das offene Auftreten im Reichstag verletzten, war auch für Ebert das gemeinsame Tischtuch zerschnitten.

Er wollte die Minderheit, auch die Radikalen, unter allen Umständen in der Partei halten. Unter dieser Zielrichtung stand etwas sein Agieren bei der Wahl des Nachfolgers für den 1917 aus dem Fraktionsvorstand ausgeschiedenen Georg Ledebour. Als der zweite Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, Robert Schmidt, vom rechten Flügel vorgeschlagen worden war, trat Ebert für Gustav Hoch ein, einen Mann vom linken Flügel, der schließlich auch mit knapper Mehrheit gewählt wurde. Es konnte freilich nicht ausbleiben, dass solches „Zusammenleimenwollen“ Eberts, der bei einer Wahl von Schmidt eine Verschärfung der innerparteilichen Konfrontation befürchtet hatte, geharnischte Vorwürfe der Rechten einbrachte.<sup>10</sup> Eberts Kampf um die Einheit

missbilligten sie: Seine Haltung erschien ihnen als ein unberechenbares Hin- und Herschwenken.<sup>11</sup> Ebert musste vorsichtig lavieren, wenn er die Mehrheit der Kreditbewilligung zusammenhalten wollte, und er musste schon allein um des geschlossenen Bildes nach außen willen jede Stimme für die Kreditbewilligung sichern, „krümelten“ doch, wie Wolfgang Heine an das reformistische Urgestein aus Bayern, Georg von Vollmar, bereits im August 1915 schrieb, immer mehr Leute ab.<sup>12</sup> Ebert stand voll und ganz hinter dem nochmals festgeschriebenen Prinzip, trotz divergierender Meinungen nach außen hin geschlossen aufzutreten. Das Votum der Fraktion im Reichstag hatte einstimmig zu erfolgen; diejenigen aber, die die Mehrheitsentscheidung nicht mittragen wollten, durften der eigentlichen Abstimmung ohne großes Aufsehen fernbleiben. So beschloss es die Fraktion am 2. Februar 1915 mit überwältigender Mehrheit.<sup>13</sup> Zunächst schien dieses Procedere ein gangbarer Mittelweg zu sein. Bei der Abstimmung über das Reichsbudget am 20. März 1915, das auch zehn Milliarden Mark für Kriegskredite vorsah, entfernten sich vor der Abstimmung 30 SPD-Abgeordnete aus dem Reichstagsplenum und hielten sich damit an den kurz zuvor gefassten Beschluss.

Die Minderheit hatte sich der Mehrheit unterzuordnen, sonst drohte, so Ebert im November 1915, „das organisatorische Gefüge“ aufgelöst zu werden.<sup>14</sup> Das waren seine Worte Ende November 1915 im Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Interpellation, in der der Reichskanzler um Auskunft ersucht wurde, unter welchen Bedingungen er zu Friedensverhandlungen bereit sei. Der Offenbacher Josef Simon hatte gefordert, den 43 Fraktionsmitgliedern, die gegen die Interpellation gestimmt hatten, im Plenum Aktionsfreiheit zu gewähren, was Ebert als „Aufhebung der Fraktionsdisziplin“ geißelte. Otto Rühle, führender Mann des linken Flügels, kommentierte: „Ebert tobte und paukte die Einheit.“<sup>15</sup> In der Tat: je mehr die innere Einheit zerbröselte, umso heftiger predigte Ebert die Einheit; angesichts der zunehmenden Erfolglosigkeit seiner Bemühungen aber wurde sein Ton schärfer. Gleichwohl gestand er in diesem Einfordern der äußeren Geschlossenheit der Opposition das Recht der freien Meinungsäußerung zu: „Der Parteivorstand ist entschlossen, die Disziplin innerhalb der Partei aufrechtzuerhalten, dabei hat selbstverständlich die Opposition volle Meinungsfreiheit.“<sup>16</sup> Als kurz vor Weihnachten wieder Kriegskredite auf der Tagesordnung standen, sah sich die Minderheit gezwungen das Korsett abzustreifen. So stimmten 20 SPD-Abgeordnete nach einer Erklärung von Friedrich Geyer ohne Vorwarnung mit „Nein“, verließen weitere

22 den Saal, obwohl man zuvor in der Fraktion mit 66 gegen 44 für Annahme gestimmt hatte. Damit schien der Bruch unvermeidbar. Denn schon auf der vorhergehenden Fraktionssitzung hatte Ebert gegenüber Haase, der angedeutet hatte, gegen die Kriegskredite zu stimmen, unmissverständlich erklärt, dass derjenige, der an der Spitze der Partei stehe, die Partei auch zusammenhalten müsse.

Jetzt im Krieg wurde die von der Minderheit als Fessel empfundene Disziplin bis zum äußersten strapaziert. Das offene Auftreten der Dissidenten im Reichstag wurde schließlich als „Disziplinbruch bedauerlichster Art“ verurteilt<sup>17</sup>, doch der auf der folgenden Fraktionssitzung vom rechten Flügel vehement geforderte Ausschluss der Kreditverweigerer wurde von Ebert und der Mehrheit noch einmal abgewehrt. Der Bruch konnte nur noch mühsam geleimt werden, denn ein solches separates Vorgehen der Minderheit im Parlament kam der Spaltung der Fraktion gleich, wie bereits im Vorfeld prophezeit worden war.<sup>18</sup> Fraktionsführung und Parteivorsitzender konnten noch ein letztes Mal das Unausweichliche abwenden. Ihr Verhalten war in den Augen des Exponenten des rechten Flügels, Eduard David, „elendster Umfall, jetzt wo das Geschwür ausgeschnitten werden könnte und müsste“.<sup>19</sup> Das Skalpell hätte, so war man sich im rechten Spektrum einig, viel früher angesetzt werden müssen, um das „Geschwür“, also die Bewilligungsgegner, aus dem sozialdemokratischen Körper zu entfernen.

Die nur notdürftig zugeschütteten Gräben brachen endgültig bei der Beratung des Notetats am 24. März 1916 auf, den anzunehmen man fraktionsintern mit knapper Mehrheit (44 zu 36) beschlossen hatte. Ohne Vorankündigung ergriff Haase im Reichstag in turbulenter Atmosphäre das Wort für die Minderheit, die gegen den Etat stimmte.<sup>20</sup> In der anschließenden Fraktionssitzung war es nun Ebert, der in aller Schärfe das Verhalten der Minderheit als „Disziplinbruch“ und „ganz unerhörte Treulosigkeit“ rügte und erklärte, dass Haase und die Fraktionsmitglieder, die die gemeinsam gefassten Beschlüsse gröblich missachtet und öffentlich durchkreuzt hätten, ihre aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte verwirkt hätten.<sup>21</sup> Auch für ihn gab es jetzt nichts mehr zu vermitteln. Seine Geduld war aufgebraucht. Er hatte bitter zu registrieren, dass er seinen unermüdlichen Kampf um die Einheit der Partei verloren geben musste. Denn die Minderheit zog die Konsequenzen und bildete eine eigene Fraktion, die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“.

Das Pochen auf Einigkeit, jener in den parteipolitischen Kontroversen vor und im Ersten Weltkrieg manifestierter Handlungsmaßstab, sollte auch zum Credo des

Reichspräsidenten Ebert gehören. Die als in seine Zeit als Parteiführer geformten Prägungen bestimmten auch sein Handeln an der Spitze der Republik. Die Minderheit hatte sich der Mehrheit unterzuordnen, nach außen war die gemeinsam gefundene Linie zu vertreten.

Für Ebert war daher die Einigkeit der Staatsführung unverrückbares Ziel. So verstand er sich immer als Teil und nicht als Gegenpol der Reichsregierung. Dass strittige Fragen hinter verschlossenen Türen zu diskutieren waren, blieb Konstante seines Denkens und Handelns. Er verteidigte das Prinzip, dass nach der Kompromissfindung am Verhandlungstisch alle Beteiligten nach außen einmütig hinter dem Konsens zu stehen hatten. So bewies sich Ebert auf Regierungsebene und in der Kabinettsrunde als Teamspieler, der sich der Mehrheitsmeinung unterordnete und den im stillen Kämmerlein gefundenen Kompromiss dann auch in der Öffentlichkeit verteidigte, ungeachtet seiner ursprünglichen persönlichen Einschätzung.

Das war etwa bei dem im April 1922 ohne sein Wissen von Reichskanzler Joseph Wirth und Außenminister Walther Rathenau im April 1922 handstreichartig abgeschlossenen deutsch-sowjetrussischen Vertrag von Rapallo der Fall. Für Ebert geschah die Unterzeichnung zur Unzeit; und er fühlte sich zudem glatt überrumpelt. Dennoch wollte er keine Regierungskrise vom Zaun brechen; er unterließ es, mit Kanzler und Außenminister öffentlich den Streit zwischen seinem außenpolitischen Vertretungsrecht und der Richtlinienkompetenz des Kanzlers auszufechten. Nach außen drang nichts von den dauerhaften Verstimmungen. Völlige Einmütigkeit musste demonstriert werden. So bezeichnete er gegenüber der Presse den Vertrag mit den von ihm misstrauisch beäugten Bolschewiki als erforderlich – entgegen der eigenen Überzeugung. Intern aber schäumte er vor Wut und ging mit Kanzler und Minister scharf ins Gericht.<sup>22</sup>

Das von Ebert nahezu verabsolutierte Prinzip der Einigkeit erwies sich mitunter als Fessel auch des eigenen Agierens. Als er die von vielen als Skandal empfundenen überaus milden Militärgerichtsurteile gegen die Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht nicht bestätigt sehen und die Verfahren neu aufrollen wollte, fügte er sich der Mehrheit im Kabinett, so dass der zuständige Reichswehrminister Gustav Noske den Urteilen Rechtskraft verleihen konnte. Hier hätte sich Ebert hartnäckiger zeigen und seine Überzeugung vielleicht auch durch öffentlichen Weckruf mehr Nachdruck verleihen müssen. Er tat dies nicht und so konnte der unbeweisbare Verdacht seiner Verstrickung in den Meuchelmord wieder aufgeköcht werden – bis in die heutigen Tage.<sup>23</sup>

Unter der Zielrichtung der Einigkeit der Akteure strebte er nach dem Konsens der Handelnden. Für ihn war Kompromiss, von vielen seinerzeit – über Kurt Tucholsky hinaus – als Schwäche oder gar Makel der parlamentarischen Systems missbilligt, Wesensbestandteil der Demokratie. Die Anerkennung dieses Grundpfeilers demokratischer Organisation machte Ebert zu einem Politiker der Moderne. Dabei war er stets zum Ringen um die Einheit bereit: Dieses in der Vorkriegszeit die sozialdemokratische Bewegung stabilisierendes, in der Kriegszeit verabsolutiertes Element ließ ihn überhaupt erst sechs Jahre im Zentrum der Macht ausharren. Mit seinem unausgesetzten Bemühen um den Konsens und seinem Appell an den Kompromisswillen der Parteien war er seiner Zeit voraus.

---

#### **ANMERKUNGEN unvollständig und nur provisorisch**

<sup>1</sup> Eberts Worte zu Haase auf der Fraktionssitzung am 20. Dezember 1915, nach den Aufzeichnungen von Südekum, in: Die Reichstagsfraktion 2, S. 121.

<sup>2</sup> Ebd., S. 122.

<sup>3</sup> SPD-Parteitag 1910, S. 239.

<sup>4</sup> SPD-Parteitag 1908, S. 413.

<sup>5</sup> Vgl. SPD-Parteitag Baden 1911, S. 8 (Geschäftsbericht des Landesvorsitzenden Anton Geiß) und S. 14 (Eberts Stellungnahme).

<sup>6</sup> So Bebel an Luise Kautsky am 25. Juni 1911, als Ebert in Stuttgart im württembergischen Parteistreit „schiedsrichtern“ sollte; Kautsky (Hrsg.), Bebels Briefwechsel, S. 263.

<sup>7</sup> Vgl. Mittag, Keil, S. 94; ebd., S. 102, für Eberts vergebliche Schlichtungsbemühungen auf dem württembergischen Landesparteitag 1910. Auch in Sachen des Marx-Klubs in Baden gelang ihm keine Einigung, wie er selbst zugeben musste; SPD-Parteitag Baden 1911, S. 21.

<sup>8</sup> „Bremer Bürger-Zeitung“ Nr. 231 vom 3. Oktober 1903.

<sup>9</sup> Vgl. generell für die SPD-Parteiführer Ebertscher Provenienz: Braun, Generation „Ebert“.

<sup>10</sup> Hoch wurde am 3. Februar 1915 mit 52 gegen 48 Stimmen gewählt; Die Reichstagsfraktion 2, S. 34. Zum Eintreten von Ebert für Hoch vgl. Dittmann, Erinnerungen 2, S. 292. Kritik erntete Ebert von Eduard David; vgl. dessen Tagebucheintragung von Mitte Februar 1915; Das Kriegstagebuch David, S. 105.

<sup>11</sup> So Heine in Aufzeichnungen über die Fraktionssitzungen vom 2. bis 4. Februar 1915; BAB, NL Heine 3, pag. 113.

<sup>12</sup> Brief vom 17. August 1915; Die Reichstagsfraktion 2, S. 374.

<sup>13</sup> Die Reichstagsfraktion 2, S. 27.

<sup>14</sup> Ebert auf der Fraktionssitzung am 30. November 1915 nach Dittmann, Erinnerungen 2, S. 395.

<sup>15</sup> RZM, NL Liebknecht 1085: Otto Rühle an Liebknecht 1915 (ohne Tagesangabe).

<sup>16</sup> Ebert im April 1915 auf einer gemeinsamen Sitzung von deutschen und österreichischen Sozialdemokraten, zitiert bei Miller, Burgfrieden, S. 104..

<sup>17</sup> Selbst Gustav Hoch, der zu denjenigen gehörte, die gegen die Bewilligung in der Fraktion aufgetreten waren, warf Haase Feigheit vor, in der Fraktion nichts von der Sonderaktion angedeutet zu haben; AdSD, NL Hoch 20: Aufzeichnung Hochs „Gegen das Sondervorgehen der Minderheit“.

<sup>18</sup> So Gustav Bauer an Paul Löbe, 4. Dezember 1915; BAB, Slg. Löbe 4, pag. 7.

<sup>19</sup> Das Kriegstagebuch David, S. 148: Eintragung vom 21. Dezember 1915.

<sup>20</sup> Vgl. auch die Schilderung von Hermn Molkenbuhr in seinem Tagebuch unter dem 25. März 1916; Braun/Eichler (Hrsg.), Arbeiterführer, S. 282.

<sup>21</sup> SPD-Fraktion 2, S. 174; vgl. auch Dittmann, Erinnerungen 2, S. 458.

<sup>22</sup> Vgl. Mühlhausen, Reichspräsident, S. 486 ff.

<sup>23</sup> Mühlhausen, Reichspräsident, S. 148 f.